

Beschlussvorlage TOP 4 – Internationale Gartenausstellung (IGA) 2037 - Anlage

Mustervorlage für die Beschlüsse der Räte der Mitgliedskommunen

Titel

Internationale Gartenausstellung (IGA) 2037

Beschluss:

1. Der Stadtrat/Gemeinderat beschließt die Unterstützung der offiziellen Bewerbung für eine Internationale Gartenausstellung (IGA) 2037 bei der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft (DBG) durch den Zweckverband LANDFOLGE Garzweiler. Grundlage für die Bewerbung ist die Machbarkeitsstudie (s. Anlage).
2. Erforderliche Zuschüsse zur Finanzierung des Zweckverbands über die Verbandsumlage werden in der Haushaltsplanung berücksichtigt.
3. Der Zweckverband wird in der Projektentwicklung durch die Schaffung von Baurecht und bei der Beschaffung von Grundstücken durch die kommunalen Verwaltungen unterstützt.

Finanzwirksamkeit:

Die Ermittlung der Kosten basiert auf Erfahrungswerten und leitet sich noch nicht aus kalkulierten Planungen ab (s. Machbarkeitsstudie in der Anlage). Nach der Bewerbung und einem Zuschlag durch die DBG soll das Konzept im vorgesehenen Budgetrahmen mit dem Ziel weiterentwickelt werden, finanzielle Belastungen und Risiken für die Kommunen zu reduzieren.

Die Kosten des Investitionshaushalts basieren auf flächenbezogener Standardkosten und Vergleichskosten aus anderen aktuelle geplanten Bundesgartenschauen. Die Kosten des Durchführungshaushalts wurden auf der Basis langjähriger Erfahrungswerte der DBG unter Annahme einer moderaten Inflation ermittelt. Für die Finanzierung sind Fördermittel im Rahmen des Strukturwandels sowohl im Investitionshaushalt als auch im Durchführungshaushalt erforderlich. Die erforderlichen Eigenmittel und nicht förderfähige Kosten sind aus der Verbandsumlage bzw. dem Investitionszuschuss zu finanzieren. Zur Streckung der Belastung werden Investitions- und Liquiditätskredite vorgesehen (s. Anlage 2).

Grundsätzlich trägt der Zweckverband die Folgekosten für Unterhalt und Pflege für die zu errichtende Infrastruktur an den IGA-Standorten und zur Vernetzung der Standorte untereinander. Im Einzelnen ist die Aufteilung der Verantwortung zwischen dem Zweckverband und den Mitgliedskommunen standortbezogen zu klären.

Begründung:

Mit der Machbarkeitsstudie liegt ein plausibles Konzept für eine IGA im Jahr 2037 vor. Es ist geeignet, die strategischen Entwicklungsziele im Zweckverbandsgebiets als wichtiger Teil des Strukturwandels im Rheinischen Revier durch die Integration laufender Projekte und weiter Vorhaben im Sinne eines Investitions- und Marketingprogramms umzusetzen.

Nach der Bewerbung wird eine Kommission der DBG die Bewerbung bewerten und eine Entscheidung zum Zuschlag treffen. Nach dem Zuschlag wird ein Durchführungsvertrag geschlossen und eine gemeinsame Tochter als gGmbH gegründet. Diese wird, angepasst an die wachsenden Aufgaben bei der der Vorbereitung der IGA, bedarfsbezogen aufgebaut.

Anlagen

Machbarkeitsstudie

Finanzierungskonzept